

Der 1. Mai, der IGM-Abschluß und die Revolutionäre Front

Niemals lassen sich revolutionäre Arbeiter den 1. Mai nehmen. Nicht in den Schützengräben des 1. Weltkriegs, nicht in den Konzentrationslagern der Faschisten und nicht im 2. Weltkrieg. Immer finden sie Mittel und Wege, um auszudrücken, dass die Tage der Oberen gezählt sind. So auch in diesem Jahr:

Der 1. Mai findet statt!

Wir wissen, wenn der 1. Mai verboten wird, toben im Land entweder der Krieg, der Faschismus, oder beides, oder sie werden vorbereitet. Ohne Schutz vor der drohenden Krankheit in den Fabriken und Dienststellen arbeitend, wird der Bevölkerung diktiert, wo sie sich in ihrer freien Zeit aufhalten darf und wo nicht. Allein in München wurden vom 1. - 19. April 118.500 Polizeikontrollen durchgeführt mit 4.639 Anzeigen. (Quelle: AZ¹) „Allgemeinverfügung“ nennt die Regierung die Aufhebung sämtlicher Grundrechte, und was ist ihre Legitimation hierfür? - Nein, nicht die grassierende Krankheit, sondern, dass sie das Gesundheitssystem seit nunmehr 30 Jahren kaputtspart und für die hohen Opferzahlen, deren kleinster Teil der Corona-Pandemie geschuldet ist, die Hauptverantwortung trägt.

Es ist paradox: Ein und dieselben Folgen einer Politik führen entweder zum Sturz der Regierung durch Streiks und Straßenkämpfe, oder - geschieht das nicht - sie versetzen diese in die Lage, nach und nach ihr System der nackten Gewalt gegen die ganze Bevölkerung zu errichten. D.h.: Jedes Abwarten auf bessere Zeiten für den Abwehrkampf befördert die eigene Niederlage auf Dauer.

Was tut die Gewerkschaftsführung in dieser Zeit des schärfsten Angriffs auf die Arbeiter? Kämpft sie gegen das Verbot? Ruft sie ihre noch in Produktion oder in Dienststellen arbeitenden Mitglieder in den Streik? - Nein. Sie kommt dem staatlichen Verbot des Kampftags der Arbeiter mit einer eigenen „Absage“ zuvor. Der DGB verkündet die „Absage“ des 1. Mai am 20. März, genau vier Wochen vor dem staatlichen Verbot, das durch die Verlängerung des Ausnahmezustands am 17. April bewirkt wird. Das nennt man vorseilenden Gehorsam.

Wer ständig den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus macht, der steht auch dann noch Gewehr bei Fuß, wenn der Kranke plötzlich aufsteht, den Stahlhelm aufsetzt und Marsch Marsch brüllt. Der vorseilende Gehorsam unserer Gewerkschaften ist kein bloßes Versagen mehr als Gewerkschaften. Er bedeutet deren Umkehr in ihr Gegenteil: aus Klassenorganisationen werden Vereine der Volksgemeinschaft mit den Kapitalisten. Als deren Befehlsempfänger treten nun die Herren Funktionäre mit den üppigen Millionärseinkommen auf. Ihre Aufgabe: Die völlige Entwaffnung der Arbeiter, deren 100%ige Wehrlosigkeit gegenüber Faschismus und Krieg.

Das ist es, was sich mit der „Absage“ des 1. Mai ankündigt.

Wo die Volksgemeinschaft mit den Kapitalisten endet?

Das ist auch der Inhalt des vielbeschworenen „Wandels“ der IG Metall, mit dem die Führung zwar das Wort Krise vermeidet, aber ungewollt den eigenen Werdegang vorwegnimmt. Ihre Absage des 1. Mai beginnt bereits mit der Tarifrunde Anfang März, genauer, mit der „Absage“ der Tarifrunde am 24. Januar. An diesem Tag schlägt die IGM-Führung im selben vorseilenden Gehorsam den Kapitalisten vor, in einem Stillhalteabkommen (Moratorium) auf die diesjährige Tarifrunde zu verzichten und „vor Ende der Friedenspflicht zu Ergebnissen zu kommen.“ „Für die anstehenden Verhandlungen erhebt die IG Metall keine bezifferte Forderung zur Erhöhung der Entgelte.“ (Moratoriumstext der IGM, 24.1.20). Am 20.3. schließt NRW ein „kurzfristiges Krisenpaket“ ab, von den anderen Tarifgebieten übernommen, über dessen Almosen wir kein einziges Wort zu verlieren brauchen. Wohl aber über die Laufzeit von acht Monaten ohne

Anschluss-Klausel. Was nichts anderes heißt, als dass sich beide Parteien allmählich einig werden, dass die Zeit der Tarifverträge ihrem Ende entgegengeht. Wegen Corona? Nein. Sondern die seit Jahren unabwendbare, alle Monopolbereiche erfassende, anhaltende und durch die Corona-Krise nun eskalierende Wirtschaftskrise bedeutet automatisch das Ende der reinen Lohnrunden und damit auch das Ende von Gewerkschaften, die diese Feilscherei um Cents bei gleichzeitigem Ausverkauf aller Arbeiterrechte als ihren Lebenszweck sehen. Diese Tarifverträge waren seit ihrer gesetzlichen Festschreibung Anfang der 20er Jahre, also nach der Niederschlagung der Arbeiterräte, nie etwas anderes als Knebelungsverträge und Stillhalteabkommen für die Arbeiter. Am Ende ihrer „Ära“ angekommen, beweisen dies ihre eigenen Verfechter selbst:

Noch bevor die Kapitalisten das Ende der Tarifverträge und der Gewerkschaften verlangen, bieten ihnen die Gewerkschaftsbosse das Erstere, die Einstellung der Tarifrunden an, in der Hoffnung das Zweitere, den Verlust ihrer Posten, noch einmal abwenden zu können. Aber sie haben die Rechnung ohne ihren Wirt gemacht: die Mitgliedschaft. Deren Enttäuschung und Wut ist grenzenlos. Was ist zu tun?

Arbeiterkassen in Arbeiterhand - der erste Schritt

Unsere erste Forderung muß sein: Die Kurzarbeit haben die Kapitalisten zu bezahlen, nicht die Arbeiter. Die Gelder der Arbeitslosenkasse, aus der das Kurzarbeitergeld kommt, ist ausschließlich einbehaltener Lohn. Anfang März waren in der Kasse noch 25 Milliarden Überschuss. D.h.: Die Arbeiter zahlen



¹ <https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.polizeieinsatze-wegen-corona-pandemie-21-jaehriger-partygast-stellt-sich-beamten-in-den-weg.69b32b54-f2f5-4f0f-bf43-1b0a109ac0a7.html?&x=iomAppTest>

ihre Kurzarbeit zu 100% selbst, sie finanzieren ihr eigenes Elend. Die Arbeiter stehen aber zur Arbeit bereit, wer ihre Arbeitskraft nicht nutzen kann, sind die Kapitalisten. Also müssen diese den Lohn weiter zahlen, wie es im Arbeitsvertrag festgelegt ist. Man kauft ja auch kein Auto, bezahlt den Preis nur anteilig der gefahrenen Stunden und berechnet für die Zeiten in der Garage einen Preisabschlag. Genau das tun aber derzeit die Kapitalisten. 4 Millionen sind aktuell schon in Kurzarbeit, Prognosen rechnen mit bis zu 16 Millionen. Das Kurzarbeitergeld soll jetzt erhöht werden, ab 4 Monaten auf 70% (77% mit Kindern), ab 7 Monaten auf 80% (87%). Was aussieht wie ein Vorteil für die Arbeiter in Kurzarbeit, bedeutet in Wirklichkeit die schnellere Plünderung ihrer Arbeitslosenkasse und die Bestätigung des Massenelends.

Aber das ist nicht alles: Jeder festangestellte Kurzarbeiter kann jederzeit an andere Unternehmen verliehen und damit zum Leiharbeiter gemacht werden (SGB III § 98 Abs 4). Noch geschieht dies „freiwillig“. Ist die Kasse aber geleert, werden die Vermittlungen von der Arbeitsagentur angeordnet. Dann wird die Leiharbeit zum staatlichen Zwang für alle.

Was das staatliche Verbot des 1. Mai im politischen Bereich, ist die Überführung des freien Verkaufs der Arbeitskraft über die Kurzarbeit in die Zwangsarbeit im wirtschaftlichen:

Die Vorbereitung von Faschismus und Krieg!
Welcher Nicht-Metaller möchte hier noch sagen, das betreffe ihn nicht, er sei ja „Verdianer“, GDLe, „EVGLer“ oder aus sonst einer Gewerkschaft?

Diese Wirtschaft kommt aus der Massen-Erwerbslosigkeit nicht mehr raus. Deshalb heißt die erste Kampflosung jetzt: Arbeiterkassen in Arbeiterhand. Die Kapitalisten sollen zahlen. Eine Gewerkschaftsführung, die den Streik dafür nicht organisiert, und stattdessen die Verlängerung der Kurzarbeit „durchsetzt“, muß sofort abgelöst werden.

Aber das ist erst der Anfang: Wenn der Staat den Kapitalisten 1,2 Billionen Steuergelder in den Rachen wirft dafür, dass sie die Wirtschaft - längst vor der Corona-Pandemie - ruiniert haben, so müssen diese Gelder mit Zinsen zurückverlangt werden. Die Reichtümer der Milliardäre sind zu beschlagnahmen, ebenso ihre Fabriken, die sie in den Stillstand geführt haben. Einen anderen, einfacheren Ausweg aus der Verelendung gibt es heute - anders als in den Jahrzehnten zuvor - nicht mehr. Dies bedeutet einerseits die Ausweitung des Streiks. Andererseits können die zurückeroberten Gelder natürlich nicht derselben Regierung ausgehändigt werden, die sie den Kapitalisten übergeben hat. Also muß die bürgerliche Regierung durch eine Regierung aus Vertretern der Arbeiterbewegung ersetzt werden. Allen Kollegen, die daran zweifeln, sei gesagt: die besten Kräfte eurer Bewegung bilden sich erst mit den von euch selbst organisierten großen Streiks heraus, und keinen Tag früher. Also rechnet mit eurer Kraft und Stärke, und sie wird sich zeigen. Sammeln wir uns am 1. Mai!

**Tretet ein in die Revolutionäre Front
Einteignen wir die Milliardäre !**

Stellungnahmen von Kollegen zum 1. Mai

Bandarbeiter bei BMW München

Ich arbeite seit über einem Jahr als Leiharbeiter am Fließband bei BMW. Wir haben fast jede Woche Stress auf Kündigung erleben. Jeder von uns kennt das. Wir arbeiten jeden Tag mit diesem Gefühl. Dadurch wird die schwere Arbeit noch schwerer. Das ist wie ein Krieg. Wir möchten unsere Arbeit festhalten und im Frieden arbeiten. Aber das ist nicht einfach. Dafür müssen wir uns organisieren und gegen diese Kriegsproduktion kämpfen. Wir Arbeiter müssen alle Eigentümer in die Hand nehmen und beenden diese unnützliche Produktion. Wir wollen nicht Luxus produzieren sondern wir wollen produzieren, was notwendig ist. Dafür müssen wir alle auf die Straße gehen am 1. Mai. Das ist kein Tag zum Grillen, sondern eine notwendige Aufgabe.

Ein Arbeiter von Siemens Mobility

Bisher habe ich immer nur über unsere Politik und Medien gemeckert, ohne selbst etwas zu unternehmen. Aber jetzt, wo ich gesehen habe, wie leicht es ist, Angst und Panik in der Bevölkerung zu verbreiten und unser Grundgesetz praktisch über Nacht auszuhebeln, habe ich beschlossen, auf die Straße zu gehen, um für unser Recht zu kämpfen. Wenn mich meine Tochter in 10 oder 15 Jahren fragt: „Papa, was hast du eigentlich damals unternommen, als das alles anfang?“, will ich ihr mehr als nur ein NICHTS antworten können.

Mechatroniker bei BMW München

Es ist das Recht eines jeden Arbeiters auf der ganzen Welt, am 1. Mai auf die Straße zu gehen, ich akzeptiere die Maßnahmen der Regierung nicht. Jeder, der Arbeiten kann, kann auch am 1. Mai auf die Straße gehen.

Wir lassen uns nicht unterdrücken, die Corona-Maßnahmen sind das Mittel zum Zweck, für die Regierenden! Schließt euch zusammen und fordert das ein, was uns zusteht, unsere Grundrechte! **Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG)**



Eine Aktion von Münchner Trambahn-Fahrern vor der München Klinik Bogenhausen

Mehr unter:

<https://revolutionaere-front-muenchen.com/>

<https://www.facebook.com/RevoFro/>

Herausgeber: Kolleginnen und Kollegen aus Münchner Betrieben und Dienststellen, die zusammenarbeiten, um über Organisationsgrenzen hinweg unsere Revolutionäre Front zu formieren